

Sachsische Zeitung

Anzeigen... werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg. ...

Bezugspreis... Nr. 359. Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 3. August 1901.

Politische Wochenchau.

Die Woche ist allen mit Politik beschäftigten Lesern pfeilschnell vorbeigegangen, denn kaum gab's Ausflüsse über die zollgesetzbedingten Absichten der Regierung, so mußte auch mit elementarem Gewalt die Gegenmeinung einlegen, und dabei gab's kein Bescheiden, kein Heilestücken — jeder neue Tag brachte und bringt neue Gesichtspunkte, Gedanken, Pläne, Bestimmungen, Abwehrmaßregeln, Umsicheränderungen und was weiß man sonst alles. Die politische Sommerfeier ist mitten in den Hundstagen jaß unterbrochen worden, denn da im neuen Zolltariffentwurf so sichtlich vomehlgelagene Zollsätze die allergrößten Beschränkungen überstreifen, so gilt's, ihnen mit allen Kräften entgegen zu arbeiten. Was die augenblickliche Sachlage anlangt, so könnten die Agrarier vollst. zufrieden sein, denn der neue Zolltariff trägt ein ausgeprägtes agrarisches Gepräge und berücksichtigt mit fast ängstlicher Sorgfalt die agrarischen Forderungen zum allergrößten Theil; doch gilt für das Agrarierthum leider noch immer der Satz: „Noch immer nicht genug“, und die Presse des Bundes der Landwirthe, die an dreierlei Geheißerlein selbst den sonstigen konserwativen Blättern weit voraus ist, mäkelte und nörgelte wieder am Zolltariff herum in der Absicht, wenn möglich noch mehr für den Großgrundbesitz herauszuschlagen. Die Centrumspresse ist in einiger Verlegenheit; wo das Centrum insoweit Wahlkreise vertritt, macht sich ein gew. entgegengesetzter Widerstand gegen den Zolltariff bemerkbar, in anderen Landeskreisen konterrarirt das Centrum mit dem Bunde der Landwirthe in der Aufstellung der agrarischen Begehrißnisse. In national liberalen Blättern kommen unerschöpfte Beschränkungen über das vorausgesetzliche Scheitern der Handelsverträge zum Ausdruck, während andererseits die westliche Großindustrie, die Hand in Hand mit dem Fortschritt geht, auf die National liberalen zu Gunsten des hochschützpolitischen neuen Zolltariffs einzuwirken sucht. Der entchiedene Liberalismus ist auf der ganzen Linie daran, den Zolltariff auf das Energetischste zu bekämpfen, in der Ueberzeugung, daß damit zum Schaden der gesammten wirtschaftlichen Entwicklung des Vaterlandes ein überaus gefährliches Experiment unternommen wird. Erscheint es doch so gut wie ausgeschlossen — und die Stimmen aus dem Ausland lassen darüber kaum einen Zweifel übrig — daß wir auf Grund des neuen Zolltariffs abermals Handelsverträge mit dem Ausland abzuschließen vermögen. Dazu kommt die drohende Vertreibung der nichtwendigen Besessenen, die infolge der dem Agrarierthum gemachten Einräumungen eintreten müßte. Soll das Unheil, das am Horizont heraufsteigt, abgewert werden, so muß das Bürgerthum in Stadt und Land zusammenstehen und die Zeit bis zum Zusammenritt des Reichstags nutz ausnützen, um der Regierung klar zu machen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes die hochschützpolitische und agrarische Wirtschaftspolitik entschieden ablehnt.

Die Veröffentlichung des Zolltariffs ist — nächst der Veröffentlichung der wichtigsten seiner Theile seitens eines sächsischen Blattes — vornehmlich dadurch beschleunigt worden, daß ein Exemplar des Entwurfs in den Besitz eines Landwehrblattes, der „Kriegsfront“, gelangt war, und seine Veröffentlichung in London zu erwarten stand. Der Reichspostler hat, um den Verleher dieser Veröffentlichung des geheim gehaltenen Inhalts zu ermitteln, Hausdurchsuchungen bei verschiedenen Berliner Journalisten angeordnet, und thatsächlich hat man dabei bedeutendes Material gefunden und beschlagnahmt. Ueberwiegende Entwürfen sollen bevorzugen.

Für den neuen Zolltariff sucht jeder auch der neue Handelsminister Mülller nach kräftigen Stimmungen zu machen. Auf seiner Reise nach dem Osten hat er Königsberg und Memel besucht, die darin gipfelten, Handel und Industrie sollten sich „keinen schweren Gedanken über die agrarischen Forderungen“ hingeben, es sei durchaus notwendig, den Agrariern entgegenzukommen. Gerade so würde auch der ehemalige Graf Kanitz reden, wenn er Handelsminister wäre. Herr Mülller sieht also seine Aufgabe darin, in erster Linie den Agrariern und hochschützpolitischen Vorparlamenten zu leisten. Sonderbar genug, und dabei zeigt sich immer deutlicher, auf wie schwachen Füßen das Agrarierthum trotz seiner großprekursorischen Agitation steht, denn auch die Reichstagsversammlung in Wien's-Gebebung, einem durchaus ländlichen Wahlkreise, zeigte einen starken Mangel an agrarischen Stimmungen, während die Sozialdemokraten dort ganz überraschend an Zulauf gewonnen haben. Auch hieraus erhellet eben wieder, wie idiosyncrasisch die Sozialdemokratie den Agrariern hat, wenn sich auch aus schwachen agrarischen Forderungen die Ungleichheiten der Massen gefolgert wird. In der anderen Reichstagswahl, die im Laufe der Woche stattfand, der Schwab in Wahlkreis Duisburg-Waldheim-Aufrodt, da bisher der Minister Mülller vertreten hat, scheint — wenn nicht alles trügt — der national liberale Kandidat über den Centrumsmann abgegiht zu haben. Hoffentlich befragt Mülller's mühsamster Nachfolger im Wandel, der National liberale Dr. Bremer, nicht auch die Gesichts der Agrarier und hochschützpolitischen Großindustriellen — jeder und selbst der kleinste Zuwachs in dieser schweren Zeit der unpopulären Kämpfe wird auf das Nötigste gebracht, denn schwere Arbeit gilt's noch zu leisten in den drei Monaten und drei Wochen bis zum Zusammenritt des Reichstages.

Was sich in Umlaufe zuträgt, kann uns — mit Ausnahme der Veröffentlichung unseres neuen Zolltariffentwurfs seitens der ausländischen Regierungen, Parliamente und Presse — jetzt wenig kümmern, da wir mit uns selbst genug und

überzeugt zu thun haben. Daher betrachten wir nur die allerwichtigsten auswärtigen Begebenheiten mit raschen Blicken. In China ist die Entschuldigungsfrage nun endlich geregelt; China hat dafür 3 Milliarden Mark aufzubringen und soll diese Schuld bis zum Jahre 1940 lösen. (Hoffentlich bleibt dabei) Auf dem Kriegsschauplatz in Südafrika sind die Buren nach wie vor im Vortheil; der Führer ihrer Heere, Lord Kitchener, soll seinen Weibungen zufolge nunmehr auch den Kriegen feriggestellten Kampfes müde sein und seine Ueberführung erbeten. Das kann auch weniger überraschen, als sich aus den letzten Meldungen auch ergibt, daß namentlich die Zustände in der Kapkolonie vom wirtschaftlichen vom militärischen Standpunkte aus für England sehr unerspäglich liegen. Der Friede kann also nicht mehr alsu lange auf sich warten lassen. — Hätten wir im deutschen Vaterlande auch endlich einmal einen Wochenfluß, an dem den unerfährlichen Agrariern ein Friede auf lange Zeit hinaus diktiert würde!

Deutsches Reich.

Deutsches Reich.

* Die Nachricht, daß nach dem „Helm. Cour.“ die Landgräfin von Hessen zur Verheiratung mit dem Prinzen Karl von Preußen, die einige noch lebende Tochter des Prinzen Karl von Preußen, ist heute vor acht Tagen zum katholischen Glauben übergetreten. Als Tauf- bzw. Firmpatron Jungfrau die Fürstin Hohenhausen, die aus dem überlieferten Kaiserhaus kommt. Der Verlobungsunterricht letzteren, da die Landgräfin zur Zeit zum Sommeraufenthalt auf Schloß Adolfsfeld weilte, mehrere hiesiger Theologie-Professoren. Diese Nachricht erregt großes Aufsehen und kommt geradezu überraschend. Es war bisher alle geheim gehalten worden, doch fiel es auf, daß die Landgräfin in letzter Zeit nicht mehr nach Fulda zur evangelischen Kirche, sondern in der katholischen Domkirche zu Wiesbaden Kirchenbesuche machte.

Diese Nachricht wird uns so mehr willkommen erregen, als die Landgräfin durch Geburt und durch ihre Verheiratung zwei Söhnen, Preußen und Hessen, angeht, die mit der Geschichte der Reformation und des Protestantismus aus das engste verknüpft sind. Das bedeutende Mitglied des heiligen Gesamtanwalts, Philipp der Großmüthige, der Freund Melanchthons, der Schwager des Kaisers, der ehrlichen Beschützer der Reformation, sondern auch einer der glänzendsten Förderer der Einigkeitsehrungen unter den verschiedenen evangelischen Richtungen. Die Landgräfin von Hessen ist eine Tochter des Prinzen Karl und eine Schwester des als selbsterberblich dem Kaiserthum zugehörigen Friedrich Karl von Preußen. Sie verheiratete sich am 28. Juli 1858 im Alter von 17 Jahren mit dem Landgrafen Friedrich von Hessen. Aus dieser Ehe gingen fünf Kinder hervor, der Landgraf Friedrich, der im Jahre 1888 im Alter von 34 Jahren auf einer Weltreise erkrankt, der jetzige Landgraf Alexander Friedrich, der völlig erblindet ist und in der Welt keine Rolle spielt, Prinz Friedrich Karl von Hessen, verheiratet mit Prinzessin Margarete von Preußen, der Schwester des Kaisers, sowie die Erbprinzeßin von Anhalt-Desau und die mit dem Freiherren v. Bülow verheiratete Prinzessin Sibylle. Die Landgräfin ist 65 Jahre alt.

Hoffentlich erkört man Näheres über die Einflüsse, die sich geltend gemacht haben, um eine preussische Prinzessin in den Schoß der katholischen Kirche zu treiben.

* Herzog und Herzogin Johann Albrecht von Mecklenburg und Prinzessin XXXIII. von Preußen, die sich nach in Romantisch befinden, wohnen getrennt mit dem deutschen Gesandten in Berlin. Die Herzogin ist dem Geliebten bei. Zu Ehren des Herzogs fand nachher eine Parade der Truppen statt. Später wurden der Herzog und die Herzogin, Prinz Fleck und Freiherr v. Bönigsmann vom Garten in Lubben empfangen.

* Der Contre-Admiral Oster von Schudmann, mit dem 1. September von der Stellung als Kommandant von Helgoland abgehoben ist, unter Vertrag nach Lyngöen als Ober der Marineleitung der Flotte, wurde in Lyngöen, dem Kapitan zur See S. O. Moller von der Marineleitung der Flotte ist unter Verleihung des Charakters als Contre-Admiral mit dem 1. September zum Kommandanten von Helgoland ernannt.

Vom Zolltariffentwurf.

Die Begründung der Zolltariffvorlage liegt befaßlich textlich vor und ist der Notiz entgegen gleich mit dem Gehaltentwurf selbst mitgeteilt worden. Selbsterweise hat aber die Regierung mit der Veröffentlichung dieser Begründung zurück. Sie scheint selbst zu fühlen, daß die Begründung noch weniger die Kritik vertragen kann als der Tarifentwurf selbst. Aus dem diese Begründung schon recht sein; nur erkörvert die mangelnde Erklärung dort, wo für eine Waarenart ganz verschiedene Zollsätze nach einem neuen System aufgestellt werden, das Verhältnis solcher Tarifabschnitte.

Stimmen die süddeutschen Regierungen gegen die Getreidezölle? Zu dieser Frage, die in nächster Zeit wohl noch öfter aufzuwerfen wird und zu erörtern sein wird, lesen wir in den „Wol. Neuei. Nachr.“ u. a.: „Wie uns aus bester Quelle aus Stuttgart mitgeteilt wird, nimmt man dort allgemein an, daß die württembergische Regierung der vorliegenden Veröffentlichung des neuen Zolltariffs durch den Reichstag, wozu auch die Begründung nicht so ganz fern liegt. Es liegen vielmehr verschiedene Anzeichen vor, die darauf hinweisen, daß von Württemberg aus das Stillschweigen mit voller Absicht ins Rollen gebracht worden ist — sonst hätten wir schließlich auf die bekannte Getreidezölle des „Reichsreglers“ noch heute warten können. Wie weit weiter gehen wird, sowohl die württembergische als auch die badische Regierung gegen die Erhöhung der Getreidezölle im Bundesrat stimmen, das ist noch zu früh eine ganz genaue Erklärung zu geben.“ Diese Prophezeiung klingt sehr bedächtig. Aber sollte sie sich auch bewahrheiten, so ist damit noch gar nichts erreicht.

Die süddeutschen Regierungen vermögen im Bundesrat gegen das agrarische Preußen und seinen kleinrentlichen Antrag so gut wie nichts anzurichten. Daher wäre es ganz verfehlt, sich durch diese Anklündigung des Wiener Blattes in Sicherheit wiegen zu lassen.

Die Art der Vorbereitung des neuen Zolltariffs wird im „Samb. Cour.“ wie folgt festgelegt: „Unter der Deule des Schutzes der nationalen Arbeit und zwar vornehmlich der Landwirtschaft wurde die Begehrlichkeit der Interessenten geradezu gemißt und aufgehoben. Mit Rücksicht wurden im Reichsamt des Innern ihre Wünsche gesammelt, man inquirierte förmlich bisweilen die Bedenken in die Sachverständigen hinein, man fragte die, wenn es gelang, die Tarifpositionen in zahlreiche Einzelstücke zu spalten. Unter Eindruck von diesen Vorarbeiten ist immer gewesen, daß es den fleißigen Vätern im Reichsamt des Innern als „Ziel auf's höchste zu wünschens“ galt, die Höhe hoch zu treiben, um möglichst weite Interessententzelle zu beschließen und eine scharfe Waage gegen das Ausland zu haben. Dabei hatten das Recht der Interessenten eigentlich nur Landwirtschaft und Industrie, der Handel und die Schiffahrt mußten draußen bleiben.“ — Auf einen etwaigen Einwand der Regierungen: „Wir haben ja nur die Forderungen des Volkes erfüllt,“ antwortet der „Samb. Cour.“: „Die Vertreter des Großgrundbesitzes und der Großindustrie sind doch nicht das Volk! Kaufleute und Arbeiter hat man als quantitas negligible behandelt. Handwerker und Bauern nicht und auch gewerkschaftlich übergeben. Und was die Arbeiter anerkennen abzugeben, so sind sie oft mehr Interessentenvertretungen als Repräsentanten des Volkes.“ Zudem ist es doch auch Thatsache, daß die Handelsverträge für Handelsverträge im Reichsamt und in manchen Landtagen nicht immer, deutsch sind als die schützpolitischen Bestimmungen. Die Regierungen haben eben auf das oberste Reich des Regiments verzichtet: „Nicht zu leisten, lassen sie sich führen. Was vor wenigen Jahren eine „rettende Hand“ war, wird von ihnen heute als Stempelwerk eingeschätzt, weil es bequemer ist, dem Anflusse der Agrarier und ihrer Bundesgenossen in der Großindustrie nachzugeben, als ihm zu widerstehen und in den Bahnen fortzuführen, die das Deutsche Reich zu ungeheuren Schäden der Volkswirth, der Blüthe und der Macht geführt haben.“

Als Beweis, wie einseitig agrarische Interessen das Gepräge an dem Zolltariff, auch abgesehen von dem Getreidezölle, bei der Aufstellung des Zolltariffentwurfs durchgeschlagen haben, führt ein Mitglied des Reichstages die Bemerkung: „Königsb. Hort. Gg.“ die Normierung der Zollsätze für Rindvieh u. d. h. an. Der Entwurf erhöht den Zollfuß für Bullen (Stiere) und Kühe von 8 M. auf 28 M. pro Stück und führt für Ochsen entlastet eines Zollfußes von 30 bzw. 25 M. pro Stück einen Zollfuß von 32 M. pro Doppeltier lebend Gewicht, ein. Daneben aber findet sich in dem Tarifentwurf die Bemerkung: „Bullen von Höfenbüßen dürfen innerhalb der ersten sechs Jahre der Geltung dieses Tariffs an Zuchtwagen nach anderer Bestimmung des Bundesrats zum Zollfuß von 9 M. für ein Stück eingelassen werden.“ Aus diesem Wege werden den großen Viehherrn, welche Simmenthaler Zuchtwagen einführen, pro Stück 18 M. Zoll nachgelassen, die auf 25 M. nur 9 M. zu zahlen haben — und das für volle sechs Jahre. Die Hefe wieder und die anderen fleißigen Landwirthe aber müßten von dem ersten Tage an, sobald etwa der neue Tarif in Kraft träte, für jede Kuh und jeden Stier 25 M., ja sogar für jedes Stück Jungvieh, das sie nach dem Ausland holen, 15 M. Zoll entrichten. Eine solche Harmonie der Interessen gewiß kein großes und feines Wunderstück! Und die Reichsämter des Innern zu messen, welche überhaupt das Verlangen nach einer gewissen Ermäßigung des Zollfußes für Zuchtwagen von Höfenbüßen aufkommen ließ, muß man erwidern, daß für vollwertige Simmenthaler Viehe von mehr als 3000 bis 4000 M. bezahlt werden! Wie geringe Distanz hat doch ein Zollfuß von 25 M. bei weitem nicht so geringe ins Gewicht wie bei manchem Bundesrat, für den der Bauer noch nicht ein Scheitel des Haares an's Ohr. Man bespreche man aber die Zollsätze für Bullen — der „Seren“ und der Bauern — mit den Zollätzen für Pferde! Die Hefe letzteren sollen nach dem Tarife bezahlt werden, so zwar, daß für Pferde im Reiche von mehr als 2500 M. pro Stück ein Zollfuß von 300 M. im Entwurf führt ist. Bei entsprechenden Zollätzen für jeden hohen Simmentaler 300 M. entlastet 9 M., also 291 M. mehr Zoll zu zahlen haben, als sie nach dem Entwurf des Tariffs zahlen sollen. Dabei ist schon der Tarif für Pferde zu Gunsten der großen Herren gemacht. Denn je höher der Simmentaler des Pferdes, desto kleiner der Zuschlag des Zollfußes! Bei einem Pferde von 300 M. beträgt der Zuschlag 30 M., oder 10 Proz., von 1000 M.: 75 oder 7 1/2 Proz., von 2500 M.: 150 M., oder 6 Proz., von 10.000 M. und mehr: 300 M. oder 3 Proz. und weniger. Die kleinen Pferde, welche verhältnismäßig so gering verzollt werden sollen, kommen aber doch sicherlich nicht zu den fleißigen Bauern, sondern zu den großen Herren auf die Gutshöfe und in die Hermschäre. Insofern geht auch das Vorgehen der Regierung für die Hermschäre auf Pferde einen neuen Beweis dafür, wie wenig es in Wahrheit besteht ist, um die viel gepriesene Harmonie bäuerlicher und gutsherrenlicher Interessen.

Politisches.

Ueber die Beschlässe des Vorstandes des Bundes der Landwirthe, der am Donnerstag zur Beratung des Zolltariffs beauftragt war, berichtet das „Post“ so: „Rebelle Berliner Bundeskongress vorläufiges Schweigen. Republikarist es um so gewissenhafter alle Bundesorgane kassirlicher Bauernvereine, die sich mit den Forderungen des Bundes der Landwirthe wolle decken. Für die Mitglieder, mit der der Bund den einzelnen Regierungen gute „Nachschläge“ erteilt, ist besonders charakteristisch eine Verwerfung des Bundeskongresses zu der Mitteilung, daß, ebenso wie die Bauern, die auch die sächsischen Regierungen einfließen habe, Anforderungen von Landwirthen, Industriellen und Kaufleuten zu stellen, auf denen die Bauern Vertreter dieser Berufsgruppen ihre Wünsche und Gedanken bezüglich des veröffentlichten Zolltariffentwurfs äußern

